

Interkulturelle Begegnungen ermöglichen - Studiengebühren verhindern

**Kritische Anmerkungen
zum bayerischen
Hochschulgesetzentwurf**

Juli 2021

Die Evangelisch-Lutherischen Hochschul-
und Studierendenpfarrer*innen und die
Katholischen Hochschulgemeinden in Bayern

www.hochschulgemeinden.bayern

Als katholische und evangelische Hochschulgemeinden in Bayern haben wir uns intensiv mit der geplanten Novellierung des bayerischen Hochschulgesetzes auseinandergesetzt.¹ Im Gesetzentwurf der bayerischen Staatsregierung vom 18.05.2021 sehen wir immer noch Klärungsbedarf vor allem in den Bereichen Demokratie, Partizipation und Nachhaltigkeit.

Aufgrund von zahlreichen positiven Begegnungen mit internationalen Studierenden in unseren Hochschulgemeinden ist es uns ein Herzensanliegen auf die Nöte und Belange der oft unbeachteten Studierenden aus sogenannten Schwellenländern aufmerksam zu machen. Wir verweisen auf den entwicklungspolitischen, globalen Verantwortungshorizont, in dem Lehre und Forschung unserer Hochschulen gegenüber Studierenden aus diesen Ländern stehen.

Angesichts der finanziell angespannten Situation von internationalen Studierenden sprechen wir uns nachdrücklich gegen die vorgesehene Option zur Erhebung von Gebühren und Aufwandsentschädigungen zu Lasten Studierender aus Nicht-EU-Ländern aus (vgl. Art. 13 Abs. 3 Satz 2). Derartige Kosten sind letztendlich als versteckte Studiengebühren zu betrachten. Insbesondere junge Menschen aus den entsprechenden Regionen geraten damit in eine prekäre Lage. Sie sind zumeist darauf angewiesen ohne familiäre finanzielle Unterstützung durch Nebenjobs ihren Lebensunterhalt zu sichern. In der Konsequenz könnten die Gebühren eine Verlängerung der Studiendauer oder schlimmstenfalls den Abbruch des Studiums bedeuten. Zukünftig würden internationale Studierende von einem Studienaufenthalt in Bayern abgehalten.²



Interkulturelle Begegnung, fremdsprachlicher Austausch und Erweiterung der Perspektivenvielfalt sind ein großer Gewinn für die junge akademische Generation, Campus und Weltgesellschaft. Die internationale Vernetzung leistet einen konkreten Beitrag zu Entwicklung, Frieden und Verständigung auf allen Seiten. Chancen, die sich daraus ergeben, würden mit der Einführung von Gebühren stark eingeschränkt.

Wir hoffen, dass unsere kritischen Anmerkungen Eingang in das neue Hochschulgesetz finden.

¹ Vgl. u.a. Stellungnahme „Allgemeinwohl und Demokratie statt Primat der Ökonomie!“ vom März 2021, in: www.hochschulgemeinden.bayern

² Vgl. den Rückgang der Anzahl der internationalen Studierenden aus Nicht-EU-Ländern in Baden-Württemberg nach der Einführung der Gebühren im Jahr 2019 um 12,8% im Vergleich zum Jahr 2016, in: www.fzs.de/2021/02/16/aktionsbuendnis-gegen-bildungs-und-studiengebuehren-veroeffentlicht-zahlen-zum-rueckgang-der-internationalen-studierenden-in-baden-wuerttemberg